

Ressort: Politik

"Ärzte ohne Grenzen" erhebt schwere Vorwürfe gegen Libyen

Rom, 14.08.2017, 04:00 Uhr

GDN - Die Hilfsorganisation "Ärzte ohne Grenzen" (ÄOG) hat schwere Vorwürfe gegen die Regierung in Libyen erhoben. "Nicht wir handeln illegal, sondern die libysche Regierung, wenn sie unseren Mitarbeitern droht, legale Rettungsaktionen in internationalen Gewässern mit Gewalt zu verhindern", sagte der Deutschlandchef der Medizinerorganisation, Volker Westerbarkey, der "Welt" (Montagausgabe).

Am Wochenende hatte "Ärzte ohne Grenzen" den Einsatz des Rettungsschiffs "Prudence" im Mittelmeer ausgesetzt. Westerbarkey begründete dies mit Sicherheitsrisiken für die Helfer, nachdem libysche Behörden die Einrichtung einer sogenannten Such- und Rettungszone angekündigt hatten. Zu den Konsequenzen dieser Maßnahme sagte der Arzt: "Es werden mehr Menschen im Mittelmeer sterben, weil es weniger Schiffe vor Ort gibt, und es werden mehr Menschen in Libyen inhaftiert bleiben." Diejenigen, die nicht im Mittelmeer ertrinken, würden abgefangen und nach Libyen zurückgebracht. Die Arbeit seiner Organisation zeige, dass das Land "ein Ort der Gesetzlosigkeit, willkürlichen Inhaftierung und extremen Gewalt ist". Westerbarkey begründete zudem, warum seine Organisation den von den italienischen Behörden verlangten Verhaltenskodex für Flüchtlingsretter ablehnt. "Dass wir uns von bewaffneten Polizisten auf unseren eigenen Schiffen kontrollieren lassen müssen, verletzt ein Hauptprinzip der humanitären Hilfe - nämlich ohne Waffengewalt arbeiten zu können", sagte der ÄOG-Vorstandsvorsitzende. Er lobte allerdings die Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden. "Wir erkennen die großartige Arbeit an, die Italien geleistet hat und verstehen, dass sie frustriert sind. Die Zusammenarbeit mit den Behörden funktioniert. Auf politischer Ebene ist das natürlich komplizierter. Ein Staat alleine kann nicht die gesamte Last der Flüchtlingsversorgung leisten", sagte Westerbarkey der "Welt". Gerüchte über Ermittlungen der Italiener gegen ÄOG könne er nicht bestätigen. "Der entsprechende Staatsanwalt hat uns nicht über entsprechende Ermittlungen informiert, obwohl wir den Kontakt suchen." Westerbarkey widersprach dem Vorwurf, dass Ärzte ohne Grenzen indirekt das Geschäft von Menschenschleppern von der nordafrikanischen Küste betreibe, indem die Organisation Migranten rette. "Ich schließe definitiv aus, dass unsere Mitarbeiter Kontakte zu Menschenschleppern in Libyen haben. Diese Anschuldigungen sind haltlos und sollen die Seenotrettung in Verruf bringen", sagte Westerbarkey. Er fügte hinzu: "Wenn ein Schlauchboot mit 100 Menschen untergeht, denke ich als Mensch und Arzt nur darüber nach, wie ich die Menschenleben rette. Alles andere ist in dem Moment nebensächlich. Sollten wir das Prinzip in Frage stellen, würden wir unsere Werte aufs Spiel setzen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-93282/aerzte-ohne-grenzen-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-libyen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com